

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen der vergangenen parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus, über das Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden sowie über die Fortsetzung der Beteiligung an der Operation Atalanta und den 14. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus
2. Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden
3. Fortsetzung der Beteiligung an der Operation Atalanta
4. Relevantes aus Mannheim und der Region



1. Zweites Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze

In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag erstmals verbindliche Anfangs- und Endpunkte u. a. für 21 länderübergreifende oder grenzüberschreitende Vorhaben beschlossen. Die Genehmigungsbehörden müssen sich im anschließenden Planungsverfahren für die Trassenkorridore und den konkreten Verlauf der Leitungen an diese Vorgaben halten. Überdies wurden erstmals größere Pilotprojekte zur Erdverkabelung, acht Pilotvorhaben in der Hochspannungsgleichstromübertragungstechnik (HGÜ) und ein Pilotvorhaben mit Hochtemperaturleiterseilen (HTLS) beschlossen.

2. Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wurde eine Modernisierung des Städtebaurechts beschlossen. Aufgegriffen wird die Verringerung der Flächenneuanspruchnahme durch einen Vorrang der Innenentwicklung von Städten. Kommunen wird es erleichtert, in ihren Bebauungsplänen eine gewollte städtebauliche Verdichtung vorzunehmen. Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich oder als Wald genutzten Flächen soll künftig besonders begründet werden. Der Gesetzentwurf enthält neben den Regelungen, die die Innenentwicklung voranbringen, auch darüber hinausgehende Verbesserungen der städtebaurechtlichen Rahmenbedingungen. So wird beispielsweise den Kommunen die Ausübung ihres gemeindlichen Vorkaufsrechts erleichtert. Eine ganz wichtige Neuerung ist auch, daß angemessen große Kindertagesstätten künftig in reinen Wohngebieten zulässig sind. Zur Steuerung der Ansiedlung von Vergnügungsstätten soll eine klarstellende Regelung eingeführt werden. Zudem wird das sog. Maß der baulichen Nutzung flexibilisiert. Auch enthält das Gesetz Regelungen zu Intensivtierhaltungsanlagen.

3. Fortsetzung der Beteiligung an der Operation Atalanta

Der Bundestag hat die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf der Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 beschlossen. Die Bundesregierung legte dem Bundestag ihren Antrag zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta vor. Es können vor der Küste Somalias insgesamt bis zu 1.400 Soldaten eingesetzt werden. Derzeit sind mit der Fregatte „Augsburg“ 310 deutsche Soldaten und ein Seefernaufklärungsflugzeug am Horn von Afrika im Einsatz. Hierbei handelt es sich um eine wichtige Mission, die dabei hilft, daß der zivile Schiffsverkehr frei von Übergriffen bleibt und schützt neben den transportierten Waren vor allem auch das Personal auf den Schiffen, das in der Vergangenheit häufig das erste Opfer der Piraterie in Form von Geiselnahmen und Lösegelderpressungen oder sogar Angriffen auf Leib und Leben war. Da Atalanta nicht nur auf Hoher See, sondern auch in den somalischen Küstengebieten und in inneren Küstengewässern operiert, wird durch diese Mission auch ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung Somalias geleistet, womit die Wurzeln der Piraterie bekämpft werden. Deutsche Einsatzkräfte dürfen aus der Luft auch gegen

logistische Einrichtungen der Piraten am Strand vorgehen. Dazu zählen Boote, Waffenlager oder sonstige Ausrüstungen, die von Piraten für ihre Überfälle benutzt werden. Der Einsatz ist bis zu maximal 2.000 Metern vom Strand bis ins Landesinnere erlaubt. Deutsche Soldaten werden aber nicht am Boden eingesetzt. Kein deutscher Soldat soll im Rahmen von Atalanta somalischen Boden betreten außer bei notwendigen Rettungsmaßnahmen. Ziel ist es, die Ausrüstung der Piraten bereits am Strand zu zerstören. Außerdem soll verhindert werden, daß die Piraten mit ihrer Ausrüstung die Hohe See erreichen können. Denn dann muß ein Seegebiet abgesucht werden, das 24-mal so groß ist wie Deutschland. Seit Beginn des Einsatzes konnten mehr als 150 Schiffstransporte im Auftrag des Welternährungsprogramms ihre somalischen Zielhäfen sicher anlaufen. Damit erreichten mehr als eine Million Tonnen Nahrungsmittel und weitere wichtige Hilfsgüter Somalia. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Versorgung von insgesamt bis zu vier Millionen notleidender Menschen. Vielen Somalis konnte so das Leben gerettet werden. Dieser anhaltende Erfolg der Piratenbekämpfung geht auf die EU-geführte Operation Atalanta zurück. Die Erfolgsquote der Piraten ist im Jahr 2012 gegenüber den vergangenen Jahren erneut deutlich gesunken. Das Seegebiet des Golfs von Aden ist durch die dauerhafte Anwesenheit von Kriegsschiffen für Handelsschiffe seit Ende 2008 erheblich sicherer geworden. Die Bekämpfung der Piraterie reicht aber nicht aus. Langfristig muss Somalia als Staat wieder funktionsfähig werden. Mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft werden staatliche Strukturen wieder aufgebaut. In erster Linie geht es um stabile Sicherheitsstrukturen im Land. Die EU kombiniert dabei zivile und militärische Elemente. Das Engagement läuft im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das betrifft neben Atalanta auch die Missionen EUTM Somalia und EUCAP Nestor. Hierbei leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag. Deutsche Soldaten nehmen auch an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia teil. Dabei werden Soldaten der somalischen Nationalregierung in Uganda ausgebildet, bislang rund 3.000 Soldatinnen und Soldaten. Die Mission EUCAP Nestor unterstützt Somalia und seine Nachbarstaaten dabei, den eigenen Seeraum selbstständig zu kontrollieren. Darüber hinaus werden die Staaten der Region in rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit maritimer Sicherheit beraten.

4. 14. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den 14. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung –Weißbuch zur Entwicklungspolitik- vorgestellt. Seit dem Erscheinen des letzten Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung hat sich die Landschaft globaler Entwicklung enorm verändert. Die Einteilung der Welt in eine arme Südhalbkugel und eine reiche Nordhalbkugel hat sich endgültig überlebt. In vielen Regionen der Welt haben eine gute wirtschaftliche Entwicklung und Fortschritte bei der Demokratisierung wichtige Erfolge im Kampf gegen Armut ermöglicht. Einige sogenannte Schwellen- und Entwicklungsländer sind heute entscheidende globale Akteure in Politik und Wirtschaft. Diesen Ländern kommt eine große Bedeutung zu für globale Güter, die uns alle angehen wie Klimaschutz, Biodiversität oder die Stabilität der Weltmärkte. Eine nachhaltige globale Entwicklung ist ohne Einbeziehung dieser Länder längst nicht mehr denkbar. Die Überwindung von Armut und ihren Ursachen bleibt das Kernziel der deutschen Entwicklungspolitik. Darum gilt das Engagement der Bundesregierung der Freiheit von Furcht und Not und dem Aufbau von chancengerechten Gesellschaften mit Lebensperspektiven für Menschen weltweit. Die Bundesregierung läßt sich dabei von dem Gedanken leiten, daß Entwicklungspolitik Menschen befähigen muß, Chancen zu ergreifen und sich aus Not zu befreien. Unter der christlich-liberalen Koalition wurde die tiefgreifendste Reform der deutschen Entwicklungspolitik

durchgesetzt. Die Schaffung der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) aus drei parallel arbeitenden Vorgängerorganisationen und die Gründung des Evaluierungsinstitut DEval sind entscheidende Schritte zu mehr Effizienz und Wirksamkeit gewesen. Die deutsche Entwicklungspolitik ist jederzeit darauf ausgerichtet, globale Rahmenbedingungen im ökologischen und ökonomischen, politischen und sozialen Sinn zu verbessern, um so auch nicht zuletzt die Ursachen von Armut zu beseitigen. Es ist gelungen, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure der Entwicklungszusammenarbeit stärker zu involvieren und in den Fokus der Politik zu stellen.

5. Neues aus Mannheim und der Region

Einigung im Amateursport

Zufrieden bin ich mit der Einigung über die Beitragsleistungen von Sportvereinen zur gesetzlichen Unfallversicherung. Mein besonderer Dank gilt in dieser Angelegenheit meinem Bundestagskollegen, dem Parlamentarischen Staatssekretär Hans Joachim Fuchtel MdB, der sich für diesen Kompromiß eingesetzt hat. Die Sportverbände, aber auch einzelne Vereine aus den unterschiedlichen Sportarten, hatten sich massiv über drohende Beitragssteigerungen um bis zu 40 % beschwert und ein Eingreifen des Gesetzgebers gefordert. Nachdem ein Vermittlungsvorschlag vom Deutschen Olympischen Sportbund, dem Spitzenverband der Unfallversicherungsträger und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Sommer vergangenen Jahres am Widerstand der Selbstverwaltung der zuständigen Berufsgenossenschaft gescheitert war, hatte Fuchtel intensive Verhandlungen geführt. Hierdurch wurde eine untergesetzliche Lösung erreicht, die von allen Beteiligten mitgetragen wird. Der Beitragsanstieg wird auf ein moderates Maß (jährlich etwa 5 %) beschränkt. Die Sportvereine haben sich zu verstärkter Prävention verpflichtet, um das Unfallrisiko zu senken. Durch Sportunfälle entstehen nicht nur Unfallkosten, sondern auch erhebliche Folgekosten durch Fehlzeiten am Arbeitsplatz. Der Eigenbeitrag steigt, ist aber für die Vereine tragbar. Ein Vereinssterben, das äußerst schädliche Folgen für unsere Kommunen und das Zusammenleben von Generationen und Bevölkerungsschichten als auch für die Gesundheit weiter Bevölkerungsteile hätte, ist verhindert worden.

Jakob Muth-Preis 2013

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, schreibt mit der Bertelsmann Stiftung, der deutschen UNESCO-Kommission und der Sinn-Stiftung den Jakob Muth-Preis für inklusive Schulen aus. Ich empfehle Mannheimer Schulen, sich für diesen zum fünften Mal vergebenen Preis zu bewerben. Die UN-Behindertenkonvention verpflichtet Unterzeichnerstaaten wie Deutschland, ein gemeinsames Lernen behinderter und nicht behinderter Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Bisherige Erfahrungen des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen haben gezeigt, daß dies zur Stärkung der Bildungschancen aller Kinder führt. Behinderte Menschen wurden viel zu lange an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern halte ich für eine hervorragende Möglichkeit, von klein auf den Umgang mit Behinderten zu lernen

und Barrieren und Vorurteile abzubauen. Schüler, Lehrer und Schulleitung stellt dies sicherlich vor große organisatorische und pädagogische Herausforderungen. Erfolg auf diesem Gebiet muß belohnt werden. Ich rufe daher alle inklusiven Schulen Mannheims zur Teilnahme am Jakob Muth-Preis auf.“ Nähere Informationen erhalten Sie unter www.jakobmuthpreis.de oder in meinem Berliner Büro unter 030-227-72291.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de